

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. **Druckerei:** G. Wackerhage & Bernward-Rudolph, Nr. 240/2, 240/7, 240/8, Bernward-Rudolph-Str. 240/10, Halle. **Verantwortlicher Redakteur:** Dr. G. Wackerhage. **Verleger:** G. Wackerhage & Bernward-Rudolph, Halle. **Postamt:** Halle. **Postfach:** 14. **Postnummer:** 14. **Postgebühr:** 14 Pf. — Unentgeltlich eingesandten Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM., für Abholer mindestens 0,45 RM., Belegpreis 2,10 RM., durch Postboten abgereicht 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelnenpreis 15 Pf. im Umkreis und 30 Pf. im Restgebiet der Reichweite. Druckereiverwaltung: G. Wackerhage & Bernward-Rudolph, Halle. Postfach 14. Postnummer 14. Postgebühr 14 Pf.

Fried hat in seiner Ministerzeit den „Volksführer“ zum „Gendarmeriekommissar“ ernannt Gendarm Hitler von Hildburghausen Sie wollen für Adolf die Reichsangehörigkeit ergaunern und machen sich lächerlich

Der frühere thüringische Nazi-Minister Dr. Wilhelm Fried, der Held des Weltkrieges von Birmenzahn, hat während seiner Ministerlaufbahn den Bandenführer Hitler zum thüringischen Staatsbeamten ernannt mit der offenkundigen Absicht, ihm durch diese Ernennung hinten herum das deutsche Staatsbürgerrecht zuzuschaffen.

Diese Ernennung ist von den Nationalsozialisten und den beteiligten thüringischen Beamten mit der Hilfe tiefsten Geheimnisses umgeben worden; denn nicht nur die Umstände der Ernennung, sondern vor allen Dingen auch der Dienstort, den Herr Fried Herrn Hitler verschafft hat, machten dies Geheimnis notwendig.

Fried hat zur Zeit seiner Ministerberichterstattung in Thüringen Herrn Adolf Hitler aus Braunau schlicht und einfach zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen ernannt!

Es versteht sich von selbst, daß Hitler niemals Dienstreise hat. Hitler hat keine Anstellung als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen gegeben. Wir erinnern uns allerdings dunkel, daß er einmal in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hildburghausen gesprochen und sich bei dieser Gelegenheit zwei Tage am Ort aufgehalten hat. Das war wohl seine einzige dienstliche Funktion gewesen sein, die er in Hildburghausen verrichtet hat!

Gendarmeriekommissar Adolf Hitler! Das ist ein Titel, der ist ja famos, ja bezeichnend, dabei sitzen Hitler und

Verständlichkeit in so engem Einklang, daß man Herrn Fried-Birnenzahn dankbar sein muß, daß er uns das langweilige Wort Gendarmerie Adolf Hitler geschenkt hat. Was der Mann will und was er kann, wie er denkt und wie er handelt, gibt es einen besseren Ausdruck dafür als den langweiligen Titel Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hildburghausen? Wir treten dem wirklichen Gendarmeriekommissar von Hildburghausen, seiner Beamtenangehörigkeit und seiner Persönlichkeit in seiner Weise zu nahe, aber der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler, das ist fast noch ein schönerer Titel als der Titel Hauptmann von Köpenick!

Der Parteibuchbeamte Adolf Hitler ist dem Beispiel vieler seiner Gefinnungsgenossen gefolgt. Er hat sich in die Beamtenlisten der Republik eintragen lassen. Er hat die Stufen der Beamtenlaufbahn betreten, wenn auch ziemlich weit unten. Aber immerhin, er hat vornehmlich mit dem Amt, das ihm Herr Fried auf Grund des Parteibuchs zugesprochen hat, zugleich den Höhepunkt seiner Beamtenlaufbahn erlangt. Es liegt sich eine ganze Reihe von Fragen aufstellen, die der Gendarmeriekommissar Hitler von Hildburghausen beantworten müßte. Der Ministerialrat Kallenberg vom Reichsministerium des Innern hat in diesen Tagen einen Aufschuß über den Bewerber des deutschen Staatsbürgerrecht durch Ernennung zum Staatsbeamten veröffentlicht, der zugleich die Ansicht des Reichsinnenministeriums ausdrückt.

Man kann danach annehmen, daß man nicht nur im Reichsministerium des Innern auf dem Standpunkt steht, daß Hitler durch diese Schreibung mit nichten das deutsche Staatsbürgerrecht er-

werben hat, sondern auch, daß jeder Versuch einer Feststellungsfrage für Herrn Hitler nutzlos verlaufen würde.

Herr Wilhelm Fried, der Held von Birmenzahn, hat Herrn Hitler mit dieser Ernennung einen Zärendienst erwiesen. Der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hildburghausen wird weder Herrn Hitler noch Herrn Fried Freude machen. Herr Fried aber hat davon, von wem er Schläge er ist. Herr Fried hat in den wilden Zeiten in Bayern, als die Anstalten illegale Handlungen duldeten und begünstigten, als Möderer mit solchen Pässen ausgestattet wurden, ebenfalls seine Hände im Spiele gehabt.

Hitlers Staatsbürgerrecht ist erst zu haben und deshalb unwirksam. Der Urheber dieser Schreibung ist schnellstens zur Verantwortung zu ziehen!

Kein Strafausschub für Bombenleger

In einer kleinen Anfrage einiger deutschnationaler Abgeordneten an den Reichspräsidenten erfragt worden, ob es berechtigt sei, den im sogenannten Bombenlegerprozess Beurteilten einen vorübergehenden Strafausschub zu gewähren, wobei u. a. darauf hingewiesen wurde, daß die große Gefahr von Diebstählen und Brandstiftungen die Anwesenheit der Beurteilten auf ihren Höfen notwendig mache. Wie der Reichspräsident die Anfrage mitteilt, hat der Reichspräsident auf die kleine Anfrage geantwortet, daß die in der kleinen Anfrage angeführten Gründe einen ausreichenden Anlaß zur Bewilligung von Strafausschub nicht ergeben haben.

Besprechung der führenden Instanzen der Arbeiterorganisationen

Wir wollen Arbeit!

Alle Möglichkeiten sollen gefördert werden

Am Mittwoch fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den Vorständen der Sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für eine gemeinsame Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Aussprache wurde nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden. Weiterhinsetzung bestand unter den verschiedenen Körperparteien darüber, daß alle Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung gefördert, ebenso entschieden aber etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müssen.

Hugenbergs „streng vertrauliche Mitteilungen“

Wie sie intrigieren

Sturz Brünnings / Gegen Hindenburgs Wahl

Der Staatssekretär des Reichspräsidenten Dr. Meißner läßt die Behauptung in Umlauf stellen, daß er an irgendeiner Stelle auf Beseitigung des Reichspräsidenten Dr. Brüning eingewirkt habe. Wir haben nie behauptet, daß Meißner an dem untrüglichen irgendeiner direkt beteiligt ist, wohl aber darauf hingewiesen, daß entsprechende Versuche gemacht worden sind. Das dürfte auch Herr Meißner nicht bestreiten wollen. Das Ziel der deutschnationalen Intrige ergibt sich eindeutig aus einer „Streng vertraulichen Mitteilung“ der deutschnationalen Parteileitung vom 11. Januar an einige vertrauenswürdige Funktionäre Hugenbergs. Die deutschnationalen Bemühungen identifizieren damals an der absehbaren Haltung Hindenburgs. Es verlor, wenn auch zum Teil auf anderen Wegen, das selbe Ziel, das man sich vor ein paar Wochen gesetzt hatte. Infolge dessen haben die „streng vertraulichen Mitteilungen“ vom 11. Januar wieder einen sehr aktuellen Charakter erhalten. Sie haben folgenden Wortlaut:

Die Ablehnung des Räumens des Reichstanzlers, die Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege durch Verfassungänderung, die Wahl des Reichspräsidenten zu verlängern, was für die Deutschnationalen Parteipartei keinen Augenblick zweifelhaft ist. Wenn diese Ablehnung um zwei Tage verlängert wurde, so lagen dem schließlich tatsächliche Momente zugrunde. Eine weitere Frage hing die Frage zusammen, wie der Reichspräsident über die zukünftige politische Entwicklung dachte und welche Auffassung der Reichstanzler hatte. Vor allem lag auch die Notwendigkeit, bei den Verhandlungen mit Hitler erst wieder den notwendigen Kontakt herzustellen. Die Aufgabe, daß Hitler, als er zu Brüning getreten wurde, nicht sofort von sich aus Antwort gab, sondern sagte, daß er erst mit Hugenberg sprechen müsse, diese Tatsache zeigt, daß die Behauptung der Nationalsozialisten, sie würden alles allein machen, falsch ist. Zudem läßt sich gerade in dieser Frage bei den Nationalsozialisten ein ganz gewisses Unbehagen feststellen, das gewisse Kreise bei ihnen, vielleicht sogar Hitler, der Verlängerung der Amtszeit im Anfang keineswegs abgeneigt waren. Das eine Zustimmung zu dem Plan nicht risikiert werden konnte, solange die Deutschnationalen nicht leugten, was feststellbar ist. Aus dem ergibt sich die Rückkehr auf die Deutschnationalen. Die Besprechungen mit den Nationalsozialisten am Sonntag und Montag hatten dann das Ergebnis, daß man absehen konnte. Die Fühlungnahme mit dem Büro des Reichspräsidenten ergab, daß man dort außerordentlich empfindlich über Brüning war. Früher war der Reichspräsident dem Gedanken der Verlängerung auf parlamentarischem Wege durchaus abgeneigt. Erst zum Schluß hat er seine Zustimmung gegeben und zwar in-

500 Häuser in Santiago zerstört

Erdbebenkatastrophe in Kuba

1500 Tote / Erschwerte Rettungsarbeiten / Schreckensszenen und Panik

New York, 3. Februar. (Eigenbericht.) Die kubanische Provinzhauptstadt Santiago de Cuba wurde von einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Etwa 500 Häuser sind zusammengefallen und vollkommen zerstört. Die Zahl der Toten belief sich auf etwa 1500. In verschiedenen Teilen der Stadt brachen Gassen aus. Auch die berühmte Kathedrale von Santiago, das Wahrzeichen der Provinzhauptstadt, ist eingestürzt und ein Haub der Flammen geworden. Die kubanische Regierung entsandte Militär- und Hilfsmannschaften in das Unglücksgebiet. Außerdem wurden zahlreiche Flugzeuge mit Ärzten, Medikamenten und Lebensmitteln zu dem Katastrophengebiet beordert.

lagerte, erschwerte die Rettungsarbeiten ungemein und trug zur Vergrößerung der allgemeinen Panikstimmung bei. Grelle Schreie des Grauens und Entsetzens hallen durch die Luft. In notdürftiger Beleuchtung durcheinander Laufende von Verwundeten die Straßen, ließen nach ihren verwundeten Angehörigen, weinten und beteten. Polizei und Militär versuchten die erste Hilfe zu organisieren und die unter den Trümmern Begehrten zu bergen. Im unteren Stockwerk eines großen Wohnhauses wurden die Leichen von 14 Personen gefunden. In den schlimmsten erichteten Verbandsstationen verrichtete die Verste die schwierigsten Wert bei sohem Licht von Notlaternen und Fackeln. Die Straßen der Stadt sind teilweise geborsten und mit Schuttarmen, entwurzelten Bäumen und gestürzten Laternenpfählen überflutet und dadurch fast unpassierbar geworden. Um Wundierungen zu vermeiden, wurde der Belegungsstand verhängt.

Santiago de Cuba ist die Provinzhauptstadt der großen 1200 Kilometer langen Antilleninsel Kuba im westindischen Archipel. Von den 62 000 Einwohnern der Stadt sind 71 Proz. Weiße, 26 Proz. Farbige. Die an einer großen Bucht an der Südküste der Insel äußerlich malerisch gelegene Stadt ist in einem ausgedehnten Erdbeben- und Tornadogebiet gelegen. Die meisten Häuser von Santiago, das wegen seines subtropischen Klimas in letzter Zeit von vielen reisenden Amerikanern als Winterort häufig bevorzugt wurde, sind deshalb meist einstöckig gebaut.

Die Hauptstöße wurden in Santiago am Mittwochmorgen um 2.41 Uhr amerikanischer Zeit (8.41 Uhr früh europäischer Zeit) verspürt. Da die Katastrophendurch das Erdbeben fast völlig von der Umwelt abgeschnitten ist und die wenigen Intakt gebliebenen Kabel von der Stabvermittlung nur zu den dringlichsten Verbindungen und zu flachen Hilfslinien verwendet werden, läßt sich der Umfang der Katastrophe noch nicht genau überblicken. Sämtliche Telefonleitungen sind unterbrochen. Anfolge der Zerstörung der Wasserwerke der Stadt ist die Trinkwasserlieferung unterbrochen; ebenso wurden sämtliche Abflüsse zerstört. Die tiefen Finsternis, die über der Stadt unmittelbar nach dem Ausbruch der Katastrophe

folgte der optimistischen Auffassung der Regierung über das Gelingen des Planes. Aus früheren Versicherungen Hillers glaubte die Regierung sicher zu sein, daß dieser dem Plan zustimmen würde. Man hatte gehofft, die Sache mit den Nazis allein machen und diesen die Reichsregierung einseitig auszuscheiden zu können. Die Jugenbergsche Einstellung war ausschlagend zu Gunsten der Reichsregierung. Man mußte und mußte das Projekt scheitern lassen, damit rechnete die Regierung überhaupt nicht. Nun ist der Reichspräsident ermittelt darüber, daß er über die Möglichkeiten falsch unterrichtet wurde und daß er dem Streit der Parteien und schließlich einer Ablehnung aus dem Wege gehen mußte. Die Regierung hat die ernsten Kräfte in der Weimarer Republik zu sprechen und von der Möglichkeit des Eintritts Brüning's. Diese erscheint nicht wahrhaftig. Er wird immer mit angeblichen Rückfällen auf die außenpolitische Lage abgelenkt werden. Wie zuverlässig ver-

Klagges wegen Begünstigung angezeigt Reichsbanner gegen Braunshweig Innenminister

Reichsbanner 3. Februar. (Eigenbericht.)
Dem Reichsbanner Gau Braunshweig wird am Donnerstag gegen den Naziminister Klages Anzeige wegen Verletzung des Art. 114 Abs. 1 des Grundgesetzes gemacht. In dem am 26. Januar in einer amtlichen Veröffentlichung der Reichsregierung über die sozialdemokratischen „Volksfreier“ auf Grund der Reichsregierung beantragt hat, es sei bisher in keiner Weise erwiesen, daß der übliche Schutz auf den Reichsbannerminister Reich von einem Nationalsozialisten abgegeben wäre. Weiter sei vielmehr „von eigenen Genossen getötet“ worden.

Demgegenüber führt die Anzeige aus, daß dem Beschuldigten bei der Befähigung der amtlichen Darstellung die entgegengelegten Ermittlungen der Polizei bekannt gewesen sein mußten. Klages hätte wissen müssen, daß seine Behauptungen objektiv unrichtig waren.

Bürgerliche Stadtverordnete freieren In Brandenburg

Brandenburg, 3. Februar. (Eigenbericht.)
Die bürgerlichen Stadtverordneten des hiesigen Stadtparlaments haben aus Protest gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion des Stadtparlaments vorgeschlagene Kandidatur des sozialdemokratischen Stadtrats Giesler für die Oberbürgermeisterwahl ihre Mandate niedergelegt. Giesler besitze — trotz dem er seit Jahren Stadtrat ist! — keinerlei Fachbildung und sei deshalb als Oberbürgermeister abzulehnen. Die Arbeitsgemeinschaft des Stadtparlaments ist demnach gegeben, da die Sozialdemokratie in ihm die Mehrheit besitzt.

lautet, hat Brüning noch bis heute nachmittags an einen Erfolg geglaubt und zwar, wie hinzugefügt wird, auf Grund der Zusagen von Hiller.

Die Beziehung zwischen Jugenberg und Brüning am Sonntag hatte rein informatorischen Charakter. Brüning begründete seine Verlegung und beantwortete die Fragen, die Jugenberg in bezug auf die Auffassung des Kanzlers über die weitere Entwicklung stellte. Jegendwärtige Erörterungen über die Umgestaltung der Regierung haben nicht stattgefunden.

Die besondere Begründung der deutschnationalen Ablehnung ist aus dem Brief Jugenbergs an den Reichspräsidenten zu ersehen, der nicht mehr heute abend, spätestens aber morgen früh veröffentlicht wird. Der Wortlaut des nationalsozialistischen Briefes im Auszug nicht bekannt. Es verläutet, daß die Nationalsozialisten in ihrem Briefe schon ausgesprochen wollen, daß sie einer Aufstellung Hindenburgs bei der richtigen Präsidentschaftswahl zustimmen würden. Falls das nicht in diesem Briefe steht, so geht doch aus allem hervor, daß sie sich in dieser Richtung schon weitgehend festgelegt haben. Die Deutschnationalen haben diese Frage bei ihren Verhandlungen mit der Umgebung des Reichspräsidenten nicht berührt. Sie sind der Auffassung, daß eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenfällige politische Handlung, etwa Bildung eines Reichskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reich, öffentlich auf die Seite der Rechten stellt.

Bei dieser Gelegenheit kann erwähnt werden, daß sowohl der Reichspräsident als auch die Reichsregierung erwägt haben, daß die Reichswahlen unter allen Umständen zu vermeiden sein könnten. Der Reichspräsident hat in der Unterredung mit Dr. Jugenberg erklärt, daß vor diesen Wahlgängen eine Umänderung der politischen Verhältnisse kaum in Frage kommen könnte.

Die Position der Deutschnationalen ist durch die Vorgänge der letzten drei Tage außerordentlich gestärkt worden. Der öffentlichen Meinung der Regierung, sie zu übergeben und damit in ihrem Ansehen zu schädigen, ist misslungen. Die von den Nationalsozialisten ausgesprochene Auffassung, daß sie die Entscheidung in der Hand haben, hat sich als falsch erwiesen. Brüning hat eine schwere Niederlage erlitten. Sein Verhältnis zum Reichspräsidenten ist getrübt. Die Tatheit, die die Deutschnationalen eingeschlagen haben, hat sich als richtig erwiesen.

Dieser Brief der deutschnationalen Parteileitung ist, wie bereits bemerkt, am 11. Januar an eine Anzahl vertrauenswürdiger Funktionäre verhandelt worden. Er lautet hell in das Dunkel der Intrigen hinein, die zwischen den Reichsparteien und um die Reichsregierung herum geippen werden.

Es ergibt sich aus diesem Brief, daß Brüning allen Grund zu der Annahme hatte, die Nationalsozialisten würden seinem Plan, die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag zu verlängern, zustimmen. Aber kurz bevor er sein Ziel erreicht hatte, schaltete sich Jugenberg ein. Von großer Bedeutung für die politische Entwicklung der nächsten Tage ist die Erklärung, daß für die Deutschnationalen eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenfällige politische Handlung, etwa Bildung eines Reichskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reich, öffentlich auf die Seite der Rechten stellt. Damit wird vom Reichspräsidenten gefordert, daß er auf das Vertrauen verzichten soll, das er sich durch seine Amtsführung in weiten Kreisen außerhalb der Parteien erworben hat, daß er Brüning als Sündenbock in die Wüste schicken und selber als einseitiger Parteikandidat des radikalen Nationalismus in einen Wahlkampf eintreten soll.

Da nun von der Loyalität des Reichspräsidenten nicht zu erwarten ist, daß er sich einer so unwürdigen Zumutung fügen, verläßt man jetzt, das Ziel auf Umwegen zu erreichen. Man verläßt den Weg, der sich an der unteren Dräht zu öffnen und ihn einzunehmen, er müsse sich öffnen und zurücktreten, um die Zustimmung der Rechten zu einer Kandidatur Hindenburgs zu ermöglichen. Auf diesem Umweg würde dann die Jugenbergsche doch noch ihr Ziel erreichen, Hindenburg als einseitigen Parteikandidaten der Rechten abzulampfen. Wenn der Reichspräsident in diese Falle ginge, so würde er damit nicht nur sich selber, sondern auch dem Reichspräsidenten den allerhöchsten Dienst erweisen.

Das thüringische Altkammerrat zur „Ernennung“ Hillers Wie Brief geschoben hat

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung am Mittwoch das folgende Material dem Reichspräsidenten des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet.

Weimar, den 1. Februar 1932.
Niederschrift.
Heute mittags zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ an und teilte mir folgendes mit: Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ habe ihm heute nachmittags mitgeteilt, daß in der heute erscheinenden Nummer des Stenographischen und von Kapitän Ehrhardt fortgeführten Montagsblattes steht:

Es würde eine große Ueberraschung geben, Hiller sei in einem heutigen Landtag von einer nationalsozialistischen Regierung — wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten — eingebürgert. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Rolle sollte erkennen, daß das betreffende Land Thüringen sei. Der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ fragte mich, ob das für Thüringen zuträfe. Ich erwiderte ihm, daß mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Ministerialrat A. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, daß er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß es sich um nichts anderes als um die Einbürgerung des Herrn Hiller durch die Reichsregierung handelte. Ich wies mich gegenwärtig in der Angelegenheit verpflichtet habe. Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, daß ich sofort Herrn Minister Dr. Kästner, der zur Zeit auf Urlaub in Gotha weilte, telefonisch über das Vorgefallene verständigte. Herr Ministerialrat A. hat sich demnach sofort an Herrn Minister Dr. Kästner, der Minister Dr. Kästner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Nachrichtlich: Ges. Walther, Ministerialrat.
Weimar, den 1. Februar 1932.

Niederschrift.
Dem vorstehenden Auftrage entsprechend habe ich daraufhin alsbald die beiden Herren Ministerialräte A. und B. zu einem Beide erklärten übereinstimmend, es sei ihnen etwas über die Angelegenheit bekannt. Minister Dr. Kästner habe es aber ausdrücklich zur Amtsschweigehaltung verpflichtet. Sie glaubten daher, keine Angaben machen zu dürfen, um sich nicht in Verlegenheit mit § 9 des Staatsbeamtengesetzes zu setzen.

Ich machte die beiden Herren darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde, daß vielmehr nach seiner Ansicht beide Herren verpflichtet seien, dem derzeitigen Minister im Sinne der Veranlassung der Amtsnachfolger seines Amtsnachfolgers Mitteilung zu machen, für die im übrigen für sie die Dienstverpflichtung zum Schweigen bestünde.

Beide Herren baten, dem Herrn Staatsminister Dr. Kästner ihre Auffassung mitzuteilen.

Ich teilte Herrn Minister Dr. Kästner das mit.
Nachrichtlich: Ges. Walther, Ministerialrat.
Weimar, den 1. Februar 1932.

Staatsminister Dr. Kästner eröffnete dem Beteiligten persönlich, daß sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis gelangende dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem aussergewöhnlichen Schweigegebot seines Vorgängers ständen, wahrheitsgemäß zu bezeichnen. Die Amtsschweigehaltung könnte nach dem Sinn des § 9 des Staatsbeamtengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich sonst eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Mitteilung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.:
Ich will nunmehr auslegen. Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis habe, den ich für politisch bedeutsam ansehe, über den ich aber zur Dienstverpflichtung ausdrücklich verpflichtet worden war.
Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub abmehrte. Minister Dr. Kästner ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsunterlagen mitbringen. Den folgenden Tag, den 1. August, wurde die Anstellung nach dem Grund hierfür möglich ist nicht. Ich erfuhr, daß Ministerialrat A. in einem Diktat auf mich zu sprechen und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbureau vorangelegt „auf Anordnung“, wozu Minister Dr. Kästner noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frankfurter Zeitung“ die Anstellung eines Beamten, des Herrn Hiller, als Beamten des Reichspräsidenten im Reichsbanner übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach noch darauf, was das Amt des Herrn Hiller, des offenbar Adolf Hiller zur Unterdrückung vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgegeben. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß ich, als die thüringische Finanzministerin müßte zur Mitzeichnung ausgesetzt werden, und mich dabei gegen das Staatsministerium mit der Anweisung befaßt werden müßte. Minister Dr. Kästner erklärte, daß er bei dem — damals beurlaubten — Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betriebe. Er verpflichtete mich hierauf noch mal ausdrücklich auf strengstem Schweigen. Ich habe demnach die Angelegenheit gegen die Beamten an. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gehalten. Ich habe nur später von meinem Mitschicksamer, Ministerialrat A., erfahren, daß Hiller durch die Reichsregierung einbürgert worden sei. Ich habe mich demnach sofort an Herrn Minister Dr. Kästner, der Minister Dr. Kästner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Ministerialrat A., erfahren, daß Hiller durch die Reichsregierung einbürgert worden sei. Ich habe mich demnach sofort an Herrn Minister Dr. Kästner, der Minister Dr. Kästner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Minister Dr. Kästner erklärte die Schreiben — Entwurf und Niederschrift — schriftlich. Ich habe die Anstellung nicht gesehen, darüber weiß ich nichts. Der Ministerialrat hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstaten zu geben oder die Anstellung Hillers in den Befanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. Dem habe ich allerdings auf Befragen zum Ausdruck gebracht, daß meine Meinung nach Hiller durch seine Einbürgerung als Beamter auf deutsche Seite Anspruch auf Einbürgerung haben müßte.

Darauf erklärte der Ministerialrat A.:
Ich bejahre es, daß ich nunmehr gezwungen werde, das was ich weiß, auszulassen. Gutes Tages, wohl im Juli 1930, lagte mir der Oberregierungsrat B., er komme eben vom Ministerialrat A. und habe dort auf dessen Anweisung an einer Sache mitwirken müssen, die vielleicht von außerordentlicher Tragweite sein würde, er sei aber zu strengster Amtsschweigehaltung verpflichtet worden. Er fühle sich sehr bedrückt dadurch. Auf meine Frage, ob die Sache ihn persönlich betrafte oder ob die Vollziehungsstelle des Ministeriums dabei beteiligt sei, sagte er, persönlich sei er nicht beteiligt, die Vollziehungsstelle der Sache aber an. Ich machte keinen weiteren Verzicht, aus Herrn B. wurde herausgehört, um ihn nicht in Konflikt zu bringen und da ich seine strengere Dienstaufstellung kenne.

Einmal nach Lage danach ging ich zum Minister Dr. Kästner zum Vortrag, er wollte an diesem Tage auf Urlaub gehen. Nachdem er mir seine Sache vorgetragen hatte, sagte der Minister, er wolle mir jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die meine Ablehnung betrafte. Er verpflichtete mich aber ausdrücklich zu strengster Amtsschweigehaltung gegen jedermann. Er gab mir darauf ein Blatt Papier zum Lesen. Es war das Formular einer Anstellungsurkunde, auf dem in der Unterschrift des Oberregierungsrats B. stand, daß der „Frankfurter Zeitung“ des Reichspräsidenten im Reichsbanner zum Oberbürgermeister im Reichsbanner im Reichsbanner ernannt wurde. Als ich diese ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Kästner, daß das gesehene nicht die Stelle sei, auf der ich mich befinden würde, sondern die Stelle für die Anstellung eines Beamten, der die Anstellungsurkunde aus dem Reichsbanner mitbrachte. Der Minister sagte, er vertrete den Finanzminister und handele in doppelter Eigenschaft als Innenminister und als Finanzminister. Ich las dann weiter bis zum Ende, wie er infolge der Erregung, in der ich mich befand, nur noch bunte, daß irgendein Posten darin stand, nach dem Hiller irgendwelche Rechte auf Amt oder Gehalt aus der Anstellung nicht herleite. Da die Urkunde unterschrieben war, kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß nur, daß ich in der rechten unteren Ecke das Signum des Oberregierungsrats B. sah. Es stand aber nichts da. Nachdem ich gelesen hatte, gab ich die Urkunde Dr. Kästner wieder. Dr. Kästner sagte mir, die Stelle würde gleich als Ministerialrat A. sofort in der Anstellungsurkunde eine Stelle aus dem Staatsdienst nachweisen würde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Oberbürgermeister-Beauftragten B. dann besetzt werden.

Ich sagte dann dem Minister Dr. Kästner, es sei mir unangenehm, daß ich Kenntnis in Anspruch habe. An sich hätte ich die Anstellungsurkunde nicht in Anspruch nehmen wollen, da ich es nicht verstände, daß ihm die Einbürgerung bisher verweigert worden sei. Ich hätte aber doch Zweifel, ob die mir vorgelegte Urkunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei.

Ich sprach dann mit Oberregierungsrat B. über die Sache, nachdem dieser zum Urlaub zurückgekehrt war. Mir waren beide außerordentlich bedrückt, daß wir dann wußten. Nachdem Minister Dr. Kästner aus der Regierung ausgeschieden war, habe ich mit Herrn B. zusammen öfter beraten, ob wir nunmehr dem Reichspräsidenten die Angelegenheit ohne unmittelbare Veranlassung Mitteilung machen dürften. Ich habe zu dem Zweck auch beamtensrechtliche Kommentare nachgesehen, habe auch mit dem Personalreferenten des Ministeriums über die grundsätzliche Seite der Frage Rücksprache genommen; das Resultat meiner Ueberlegung war aber, daß ich mich nach wie vor an das Schweigegebot gebunden fühle. Oberregierungsrat B. war der gleichen Ansicht. Ich bin glücklich, daß jetzt die Sache das Bestimmteste, die mich außerordentlich bedrückt hat, von mir genommen wird.

Nachträglich kam ich bei meinen Ueberlegungen aufkommen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hillers als Beamter trotz etwaiger Ausnahmsbestimmungen der Anstellungsurkunde bei der Einbürgerung des Reichspräsidenten im Reichsbanner ein Amt übertragen werden sollte, er in die mit dem Amt verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hiller hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die gesamten Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsbereich des Landes gehören.

Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. haben im Hinblick auf eine Berechnung, daß entweder das Ministerium dem früheren Staatsminister Dr. Kästner von ihrer Auslegung Mitteilung gebe oder daß sie ermächtigt würden, ihm davon Mitteilung zu machen; sie bieten das für angebracht, nachdem sie die Anweisung zur Auslegung entgegen der Anordnung des früheren Ministers erhalten hätten. Staatsminister Dr. Kästner erklärte, er müsse sich die Entscheidung darüber vorbehalten.

B. g. u.
ges. U. Ministerialrat. g. u. Oberregierungsrat.
Nachrichtlich: Ges. Walther, Ministerialrat.

Deutschland mahnt zum Frieden

Japan soll die Feindseligkeiten gegen China einstellen
gen sofort Verhandlungen im Geiste des Kellogg-Pakt und der Entscheidung des Völkerbundesrats vom 10. Dezember 1931 beginnen möchten.

Die Japaner besetzen ein Fort

Paris, 3. Februar. (Eigenbericht.)
Wie aus Shanghai gemeldet wird, haben die Japaner am Mittwochvormittag das Fort Wanang besetzt, das im Laufe des Morgens von Kriegsschiffen und Flugzeugen bombardiert worden war. Mehrere hundert Chinesen befanden sich bei der Einnahme noch in der Fort. Viele Chinesen wurden von den japanischen Truppen getötet, viele schwer verletzt.





SPD, Ortsverein Halle

Morgen, Freitag, den 5. Februar, treffen sich alle Funktionäre pünktlich 18.30 Uhr im „Volkspark“. Die Parteimitglieder pünktlich 7 Uhr. Wir erwarten, daß alles zur Stelle ist. Das Sekretariat.

Fahresverammlung der Frauengruppe

In der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Frauengruppe Halle erlittete die Genossin Rinkel den Bericht über die Veranstaltungen der Gruppe im vergangenen Jahre. Neben 6 Mitgliederveranstaltungen fanden statt: eine internationale Frauenfeier, eine Anti-Kriegskundgebung, ein der Pflege der Gefalligen dienendes Beisammensein, ein Weihnachtskonzert und eine Sonnenwendfeier. Sämtliche Veranstaltungen waren gut besucht.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurden die Genossinnen Soops zur ersten, Kopf zur zweiten Vorsitzenden, Herzog zur ersten, Böfner zur zweiten Schriftführerin und Weber zur Beisitzerin gewählt. Zum Schluß sprach Genossin Schauburg über die Bedeutung der neuen Konsum-Genossenschaft.

700 neue Kleingärten für Erwerbslose

Vom Reichsstatum für vorläufige Kleingärten sind auf Antrag des Magistrats 54 000 M. zur Einrichtung von Kleingärten für Erwerbslose bewilligt. Die Realisierung des Reichsstatums ermöglicht nunmehr die ordnungsmäßige Einrichtung und Wasserzuführung der von dem Verband der Kleingartenvereine Deutschlands, Ortsgruppe Halle, bereitgestellten und zum großen Teil bereits verpachteten Kleingärten.

Die Kleingärten sollen durchschnittlich 400 bis 600 Quadratmeter umfassen. Die beiden neuen Anlagen in Süden an der Raffener Bahn sind bereits voll besetzt. Die große Neuanlage im Norden erfolgt in Erweiterung der vorhandenen Kleingartenanlage „Unser Garten“ am Bergschützweg. Die nötigen Arbeiten sollen jezt in Angriff genommen werden, zumal die Witterung zur Zeit günstig ist.

Betriebsarbeiter bezeichnen den „Klassenkampf“ als Schwindelbott

Der Betriebsrat der Firma Gerhardt erfuhr aus dem folgenden Bericht:

Am „Klassenkampf“ vom Mittwoch, dem 3. Februar, steht auf der Spitze ein Artikel mit der Überschrift: „Ausprägungsmaßnahmen der Unternehmer“. In diesem Artikel beschäftigt man sich mit der Pöfnermaschinenfabrik Gerhardt und stellt die Behauptung auf, daß am kommenden Freitag 80 Arbeiter entlassen werden sollen.

Wir erklären mit aller Bestimmtheit, daß diese Behauptung des „Klassenkampf“ ein elender Schwindel ist.

Die Firma beschäftigte, zum Donnerstag, dem 4. Februar, elf Kollegen der Enzverformung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, haben wir mit der Firma verhandelt und erreicht, daß am Donnerstag nur sechs Kollegen entlassen werden. Weitere Entlassungen finden in absehbarer Zeit nicht statt, da die Arbeitszeit von 36 auf 32 resp. 24 Stunden verkürzt wird.

Weiter enthält der Artikel die Behauptung, daß die Belegschaft beschloffen habe, die Beiträge an den Deutschen Metallarbeiterverband zu verweigern. Ein solcher Beschluß ist bisher nicht gefaßt und wird auch in Zukunft von der Belegschaft nicht gefaßt werden. Auch hier wiederum eine Lüge des „Klassenkampf“. Nach dem Artikel des „Klassenkampf“ soll am 4. Februar eine Belegschaftsversammlung im „Brennblü“ stattfinden, die weitere Beschlüsse fassen wird. Wir erklären dazu, daß die Belegschaft der Firma Gerhardt unter keinen Umständen den Parolen der SPD und NSD-Verleitung folgen wird, sondern sie wird wie bisher auch in Zukunft den Weisungen ihrer freigewerkschaftlichen Organisationsleitung folgen. Ebenso wird in den Abteilungen die Wahl eines Kampfausschusses nicht diskutiert. Die Kollegen denken nicht daran, sich einer Kampfausschuss zu wählen; für sie kommen als Vertrauensleute lediglich sämtliche Betriebsratskollegen in Frage.

Die Beschlüsse im NSD, organisiert sind. So kann auch von einer Beschlusssammlung in der von der NSD einberufenen Versammlung keine Rede sein. Nur der Deutsche Metallarbeiterverband ist befugt, Belegschaftsversammlungen einberufen und dort auch evtl. Beschlüsse im Interesse der Belegschaft fassen zu lassen.

Der Betriebsrat der Firma Gerhardt.

J. A. Albert Bruder.

Eiserne Front

Uns reißt die Geduld! Wir haben es satt!
Heraus, wer noch zwei Fäuste hat!
Wir machen jetzt Schluss! Es wird uns zu viel!
Es wird uns zu bunt das Narrenspiel!

Wir sind schon mit anderen Horden fertig geworden!
Wir haben's bewiesen und werden's beweisen:
Vertraut ist unserer Faust das Eisen.
So schließen wir denn, vom Wetter umbraut,

Die eiserne Front der eisernen Faust!

Morgen, Freitag, den 5. Februar

Kundgebung im „Volkspark“

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Junge Front, Männer und Frauen

Aufmarschiert!

„Brotgesellschaft m.b.H.“ kauft den Konsum

Ratenweise Versteigerung der NSD-Zentrale an die Kommunisten

Gestern vormittag fand im Zivilgericht wieder einmal eine Versteigerung der Zentrale des „Roten Proviandamts“ in der Landsberger Straße statt. Den Zuschlag erhielt diesmal die „Hallische Brotgesellschaft m.b.H.“ in der Person ihres Geschäftsführers des ehemaligen Vorstandsmitgliedes des NSD, Schlossers Reichert. Der Preis beträgt 409 000 M. die erforderliche Kauffumme von 10 Prozent wurde hinterlegt. Mit dem Zuschlag wurde die Zwangsverwaltung gesetzlich aufgehoben. Vom Hypothekengläubiger wurde erneute Zwangsverwaltung beantragt.

Der Komödie zweiter Akt

Damit sind wir in den zweiten Akt der kommunistischen Versteigerungskomödie eingetreten. Das erstmal hatte die Partei gemeinsam unter Führung des inzwischen aus der Partei hinausgeworfenen Konsumbundes Erlanger jene sogenannte Frau Mentona Moler aufmarschieren lassen, die beim Versteigerungstermin im letzten Augenblick die erforderliche Anzahlung von 50 000 Mark leistete und damit das Grundstück Landsberger Straße erwarb. Bald jedoch zeigte sich, daß Mentona Moler zur endgültigen Bezahlung der Kaufsumme „kein Moos“ besaß. Die ganze Versteigerungskomödie war von der NSD inszeniert worden, um die Lieberung des „Roten Proviandamts“ an andere hintanzuhalten und — wie die Praxis bewies — in der Zeit bis zum nächsten Versteigerungstermin möglichst viel Inventar „sicherstellen“ zu können. Nur der Unjährling des Zwangsverwalters der Hypothekengläubiger, Genossen Schauburg, war es zu danken, daß dies nicht ganz durchging.

Frau Mentona Moler ist — und das ist das Interessante an der Geschichte — von der Bildfläche völlig verschwunden. An ihre Stelle ist nunmehr die „Hallische Brotgesellschaft m.b.H.“, eine Institution, die erst vor einigen Tagen gegründet worden ist, und die ebenso lagenhaft sein dürfte wie feinerzig die „Maras“, als Eigentümerin eingetragen worden. Es ist nichts Neues gesehen! Frau Moler ist nur von Herrn Reichert, der gestern unter dem Jubel der „Linie“ das ihm von den Berliner Strategen in die Hand gedrückte Geld stillschweigend sprach, abgelöst worden. Die dabei notwendig werdenden Worte sprach er noch nicht einmal, dazu hatten die Herrn aus Berlin vorzüglich einen Sprecher bestimmt.

Die Komödie ist also auch zum zweitenmal gesüßt. Man darf gespannt sein, was nunmehr mit dem Gebäude geschieht. Untertreue Kommunisten renommieren ja schon lange mit dem Plan,

aus der Zentrale des „Roten Proviandamts“ eine „Rote Kaserne“ mit großen Versammlungsräumen zu machen und die Fleischerei und Bäckerei zu verpachten. Man dürfte auch gespannt sein, ob die jetzige Hausherrin, die „Brotgesellschaft“, mit der Bäckerei überhaupt etwas anzufangen weiß. Vielleicht offenbart sich hieran dieses Jubels wahrer Kern.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Verbindung der Kommunisten mit der Kreisbank des Saalkreises einige Beachtung. Nachdem gestern als erster die Beschlusssache 220 000 Mark für das Grundstück Landsberger Straße geboten habe, trat die Kreisbank mit dem Angebot von 360 000 M. als zweiter Bieter auf den Plan. Da die Kreisbank beim NSD, mit einem Kredit „hängt“, ist ihr Bestreben, dieses Geld in irgendeiner Form zu sichern, verständlich. So sind wohl auch die gestrigen Besuche der Kreisbank, mit den Kommunisten zu einem Abfod zu kommen, zu deuten. Man wird aber innerhalb in den kommenden 14 Tagen, in denen die Restkaufsumme eingelegt sein muß, darauf acht geben müssen, wie die Dinge, namentlich in dieser Angelegenheit, laufen!

Fahrpreisermäßigung bei der Mübig

Wie aus einer Bekanntmachung im heutigen Angebotsblatt ersichtlich ist, treten nunmehr, nachdem die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind, die kürzlich angeforderten Tarifsenkungen bei der Merseburger Uebelandbahn in Kraft. Die Ermäßigungen für die Preise der Arbeiter-Wochenkarten, Wochenkarten, Monatskarten und Jahrscheine beginnen vom 8. Februar, wobei für die Monatsarten der entsprechende Differenzbetrag von den Restverkaufsstellen, wo dieselben gefaßt worden sind, bis zum 15. Februar zurückbezahlt wird. Die ermäßigten Rückfahrpreise und Ausbezahlung der Gültigkeit für die Sonntage sowie für die bereits benannten weiteren Zwecken werden nach Anlieferung der erforderlichen Fahrkarten und Druckbogen am 15. Februar an eingetauscht.

Neue Beschäftigung: Fremde Wagen abladen

In der letzten Zeit werden von den Transportwagen hiesiger Expeditionen häufig Pakete und Kisten mit Inhalt entwendet. Sobald der Geschäftsführer oder sein Belegter für kurze Zeit den Wagen verlassen haben, helfen sich die Diebe so auf, als ob sie zu dem Wagen gehören und beginnen abzuladen. Besonders haben sie es auf Trümpfen und Konfektionsartikel sowie Zigaretten abgesehen. Das Publikum wird gebeten, auf Personen zu achten, welche sich an Transportwagen zu schaffen machen und Pakete, Kisten und dergleichen vom Wagen laden und damit in einem Hausflur verschwinden.

Junger Wächter vernicht. Seit Sonnabend wird die Wächterin Hausangehörige Hildegard Maurer vernicht. Das junge Wächterin wohnte bei seinen Eltern. Der Vater ist hiesiger Arbeiter.

JEDEN FREITAG DER BELIEBTE

RESTE-TAG

Diesmal besonders viel Reste und Rest-Bestände
WEISSER WAREN

Alles sehr, sehr billig und gut!

HALLER

8 CO.-G. HALLE % GROSSE STEINSTR. 86/87 - MARKT 21

Was ist eine Uniform?

Seit dem 8. Dezember 1931 ist das Tragen sämtlicher Uniformen verboten. ...

Alle Kleidungs- und Ausstattungsstücke, die von der üblichen bürgerlichen Kleidung abweichen, werden für immer damit ihre Träger aus der Masse des Publikums herausgehoben und so als Angehörige einer bestimmten Gruppe zu kennzeichnen bestimmt sein.

Kleidungsstücke, die für sich betrachtet, von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, z. B. Mäntel, Wintermäntel, Hemden, Hüte, Mützen, Gamaschen, Stiefel, fallen dann das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Aufmachung bestimmt sind, ihre Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen. ...

Die Kreidener im Jahr der Entschädigung

Die Ortsgruppe Halle des Verbandes der Kreidener hat kürzlich ihre Generalversammlung abgehalten. ...

Ludwig Käthe in 3 H und Schwerezeiten

Die auch von uns mehrfach erwähnte Firma Ludwig Käthe in 3 H und Schwerezeiten, hat nunmehr ihren Sitz von Halle nach Leipzig verlegt. ...

Die Comedian Harmonists, die bekannte Gesangs-Kunstlergruppe, kehrt zu einem weiteren Auftritte mit neuem Programm wieder in Halle ein. ...

Kadabree! Sämtliche Fabrikate, Gummi-Becken, -Schläuche usw. Spezialabteilung Gummi-Becken, Halle/Saale, Straße Steinstraße und D-Überstraße (Nähe Markt).

Roman von Hanns Golsch:

Wahn-Europa 1934

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin.

25) (Nachdruck verboten.) In Paris verhandelte zur gleichen Stunde der albanische Oberbefehlshaber mit dem italienischen General, der während der Nacht zur Führung der gemeinsamen Streitkräfte eingesetzt war. ...

In Berlin hat die Reichsregierung die ganze Nacht gearbeitet. Sie hat den letzten Tag auf abgehängte Füße zugebracht. ...

Aber unter den Tischen und durch die Wilhelmstraße stehen seit Tagen Armbrust mitternachts hunderttausende Arbeiter und Bürger. ...

In Warschau hat es in der Nacht schwere Kämpfe zwischen der Regierung und den Kommunisten gegeben. ...

In Paris brodeln es wie in einem Vulkan. Durch das Straßenlärmhölle fluten die Massen bürgerliche Wut. ...

XIV.

Während Brandt von der Union zum Duai Dorf zurückfährt, tritt Frau Germaine de Wassoncourt, Abgeordnete in der Kammer, in das Dienstsinnzimmer des Ministerpräsidenten. ...

Sie leben, Baron, ich komme auf Anruf! ...

Studenten und Arbeiter für die Republik

Einmal republikanische Studentenschaft demonstriert - in Köthen - gemeinsam mit der Arbeiterschaft für die Freiheit

Die republikanischen und sozialistischen Studenten der Universität Halle wollten gestern in Köthen. Sie waren dort Gäste von Kameraden, die, ähnlich wie in Halle und anderswo, unter dem Terror der Nazi-Elemente ein zehnjährigen harten Kampf für den republikanischen Gedanken führten. ...

zum Fall Dehn:

Der hällische Studententag vom 1. bis zum 3. März ist eine von den parteipolitischen Interessen der Nazis dilibrierte Meuterei. Die Geschichte des Falles Dehn und die Verhinderung des Kampfes der Stammlisten lassen erkennen, daß es ihnen mit den vorgeschobenen Motiven, für die Wahrung der Ehre und Vermeidung des verbotenen Hochschulens zu kämpfen, nicht ernst ist. ...

Drei- bis sechshundert Bürgersteuer

Eine Folge der Finanznot der kleineren Städte. Aus dem Reichsstadtebuch und vorliegenden Material über die Erhebung der Bürgersteuer in den mittleren und kleinen Städten im Rechnungsjahr 1931 aus etwa 1000 Städten geht hervor, daß es Städte mit mehr als die vierfache Bürgersteuer erheben. ...

Bismarcken im Zoo

Die Ungunst der Verhältnisse und das Darniederliegen der Wirtschaft hat viele Personen auf den Gedanken gebracht, in der Pacht von Bektieren einen neuen Erwerbseinkommen zu suchen. ...

schlechten künftigen. Unserer Auffassung der Bektiererei widerspricht es nicht, daß Dehn in Halle lebt. Wir stellen uns deshalb, ohne daß wir uns politisch und weltanschaulich mit Dehn identifizieren, hinter Dehn und hinter das preußische Kultusministerium. ...

Dr. Klug am Dienstag, dem 9. Februar, in Halle

in einer öffentlichen Versammlung oder Republikaner im Volkspark" bricht, kann hier auf die Übertragung seiner Ausführungen verzichtet werden. ...

Den 45 hällischen Studenten, die an der Fahrt teilnahmen, war diese maßvolle Rundung ein wertvoller Anschauungsunterricht. ...

Keine neuen Staatsmittel für Meliorationen

Das Preussische Staatsministerium hat im vergangenen Jahre einen Beschluß gefaßt, keine neuen Staatsmittel in Höhe von 8 bis 10 Millionen Mark zur Gründung von Bektieren und Darlehen für Meliorationen bereitgestellt werden sollen. ...

Volksbildungsstelle. Morgen, Freitag, beginnt die 'Geistesreise' mit einem Vortrag von Prof. Dr. H. S. 'Geistes als Dichtung' (Social 18 der Unterstadt). ...

Waldhäuser Motorfahrzeuge. Am Freitag, Freitag, wird gestern nachmittag ein Motorfahrzeug von einem Motorfahrzeug umgefahren und so erheblich verletzt, daß es zu einem Unfall geworden mag. ...

Verarmungen und Verarmungen

Mitteilungen aus vier. ...

„Sott sei Dank ist jetzt Herr Brandt zurück!“ sagt sie mit ernst gedrückten Augen. Der Greis betrachtet seine gepflegten Fingerringe. „Ja, jeder hält Herrn Brandt für den großen Zauberflüsterer“, spottet er lächelnd. „Ich habe nur die eine große Sorge, daß er jetzt Ihrem Kabinett den Rücken kehren könnte.“ ...

Aus dem Reich der Technik

7. Grüne Woche in Berlin

Auch in der Technik weht Krisenluft

Die 7. Grüne Woche in Berlin, die über die erste Februarwoche hinaus am Kaiserdamm stattfindet, kann, trotz ihrer vielen und interessanten Kollektivausstellungen, Jagd- und Sonderausstellungen, Sonderausstellung Deutsches Holz, Verpackungsmittel aus Holz, nicht darüber hinausschauen, daß sie auf technisch-wirtschaftlichem Gebiet äußerst fähig bedacht ist. Sie reicht bei weitem nicht an ihre Vorgängerin heran. Etwas Ähnliches haben wir ja bereits auf der technischen Messe in Leipzig während des Vorjahres erlebt. Es liegt auch zweifellos im Zuge der Zeit, auf dem

Ob diese Demonstrationen in einer Zeit, mo das Geld knapp ist, diesen oder jenen Landwirt bewegen werden, in die Tische zu greifen und sich irgendeine von diesen neuen Konstruktionen anzuschaffen, muß bezweifelt werden. Wir befürchten, daß sich auch hier, wie auf den Ausstellungen des vorigen Jahres, das Geschäft in engen Grenzen halten wird.

Wehr kann man sich schon von dem luftbereiften Ganzstahllackermagen versprechen. Hinter der Konstruktion steht die Eisenindustrie mit ihrer Düsseldorf-Propaganda. Man hat sich den neuen Wagen als Universalwagen für die Landwirtschaft, weiter für das Transportgewerbe und schließlich auch als Spezialwagen für industrielle Zwecke gedacht. Die Konstruktion ist äußerst glücklich. Für die Landwirtschaft kommt eine Verwendung schließlich für alle Arbeiten in Frage, da der Wagen infolge seiner ganz eigenartigen Konstruktion mit wenigen Handgriffen und von einem Mann in kurzer Zeit für die verschiedensten landwirtschaftlichen Arbeiten verändert werden kann. In der Getreideernte z. B. wird er in einer Breite von 2,5 Meter und einer Länge von mindestens 5,2 Meter bei einer Ladehöhe über der Erde von 1,16 Meter benutzt; für Hockendruck ist sogar noch eine größere Verbreiterung möglich, mit der der Vortrieb verbunden wird, den Wagen nach links und rechts und auch nach hinten zu kippen. Will man mit dem

Wagen etwa vom Mähdreher loses Getreide abfahren, so ist dies ohne Verwendung von abtrocknenden Planen möglich, da der Aufbau infolge der Herstellung aus Stahlblechen dicht abschließt. Auch in der Stadtrückerteile ist eine gute Verwendung möglich, da der Wagen mit normalen Seitenklappen bereits

von einem 28 PS-Hanomag-Schlepper gezogen, wobei der Bindemäher seinen Antrieb durch das Haupttrab vom Boden her erhält, während die Drechsmaschine von einem luftgetriebenen 110-Motor angetrieben wurde. Bei Verwendung einer entsprechend starken Zugmaschine ist auch die Möglichkeit vorgezogen, die Drechsmaschine vom Schlepper aus mit Zapfwelle anzutreiben.

Ein Gebiet, dem bisher in landwirtschaftlichen Gebäuden und Betrieben wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist die regelmäßige Lüftung. Und doch ist dieses von größter Wichtigkeit sowohl für die Gefunderhaltung des Viehes als auch für die Aufrechterhaltung von Korräten. Seit einiger Zeit ist ein Apparat auf den Markt gebracht worden, welcher die stets und überall sofortige zur Verfügung stehende Triebkraft des Windes in einfacher



Kollektivausstellung Deutscher Wald — Deutsches Holz.

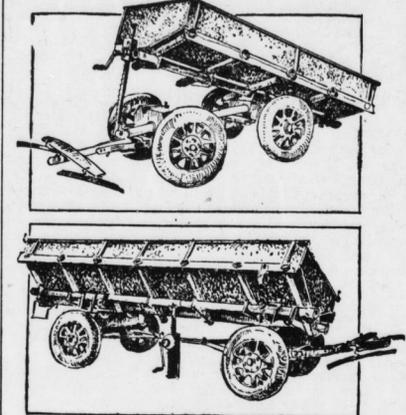
Bereite der Technik mit Neuerungen zurückzubalten. Aber auf der Grünen Woche in Berlin, die ja die landwirtschaftliche Technik repräsentiert, drückt sich das alles viel schärfer aus. Man möchte fast von bedeutenden Konsequenzen sprechen, die hier die Abkehr von der Technik zeitigt.

Freistellen müssen wir auch, daß sich gerade die deutsche Landwirtschaft, deren technische Rückständigkeit ja kein Geheimnis ist, am wenigsten diese Flucht aus der Technik leisten kann. Auch auf dem Gebiet der Standardisierung und Typisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bringt diesmal die Grüne Woche bei weitem nicht das, was man von einer Ausstellung, die über Tradition verfügt wie die Grüne Woche, erwarten kann und erwarten muß. Einige Ansätze, die hier eine Schau von Wartenerzeugnissen macht, sollen vorbehaltlos anerkannt werden. Viel ist das aber, darüber soll man sich klar sein, nicht. Die Flut der Agrarkrise scheint vieles, was an Gütern in den letzten Jahren vorbereitet und geschaffen worden ist, wegschwemmen zu wollen.

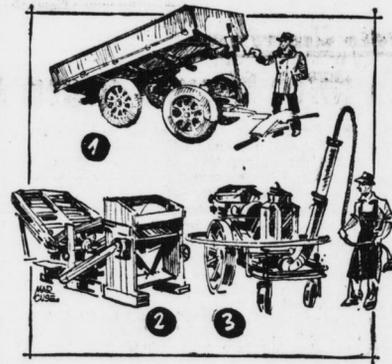
Als Neuerung sind unter anderem eine neuartige Kartoffelsortiermaschine und Spezialmodelle von Spritzenanlagen für die Forstwirtschaft und für den Gartenbau zu konstatieren. Eine Berliner Maschinenfirma hat einen Holzgasgenerator ausgestellt — „Holz statt Benzin“ —, der als Kraftquelle eines Lastautomobils dient. Man will zeigen, daß Holzabfälle zum Betreiben von Kraftfahrzeugen und Kraftmaschinen verwendet werden können. Man kann dieses Experimente sicher nicht unbedingt als Neuerung bezeichnen. Im übrigen bleibt die Frage der Wirtschaftlichkeit und der Billigkeit offen, selbst bei der ungeheuren Benzinbelastung, die wir in Deutschland eben haben. In einer Gruppe „Holz und Feuergefahr“ wird der Nachweis erbracht, daß man Holz feuerlöscher machen kann. Eine Holzgarage hält sogar einem Automobilbrand stand.



Siedlungsgranderstellung.



LUFTBEREIFTER GANZSTAHLACKERWAGEN



1. Luftbereifter Stahlackermagen. 2. Kartoffelsortiermaschine. 3. Anlage zur Schädlingsbekämpfung für Forstwirtschaft und Gartenbau.

3,5, mit 20 Zentimeter hohen Zufuhrklappen sogar 5,2 Kubikmeter Fassungsvermögen besitzt, was etwa 100 Zentner Kartoffeln oder Rüben entsprechen würde. Für diese Zwecke kann der Wagen nach zwei Seiten getippt, also eine schnelle Entladung bewirkt werden.

Der Stahlwagen kann infolge der Schaffung von zwei Topfen mit einer Ladehöhe von 5 bzw. 3,5 Tonnen bei einem Eigengewicht von 20 bzw. 17 Zentner in allen Betriebsgrößen Verwendung finden. Durch Auswechseln der Deichsel eignet sich der Wagen für Pferde- und Schlepperzug, als Last- und Eierwagenanhänger oder, durch eine neuartige Konstruktion, auch als Satteltriebschlepper.

Viel Interesse dürfte ein neuer Mähdreher für deutsche Ernteverhältnisse erregen. Es handelt sich um eine Konstruktion der Deutschen Industrierwerke A. G. Zum Ausdruck wird eine neuartige Ausbildung von Dreschforb und Dreichtrommel verwendet, welche den Fortfall eines langen Schütters ermöglicht und Glattstroh liefert. Vollkommen neue Gedanken verfolgen die Hersteller im Gesamtaufbau des Mähdreheres insofern, als sie den Mähdreher als Kombination eines Bindemähers normaler Bauart mit einer fahrbaren Drechsmaschine ausgebildet haben, bei der der Bindeapparat vom Bindemäher abgenommen und auf der Strohsaule der Drechsmaschine angebracht wird, wo er dann als Strohbinder arbeitet. Beide Teile, Bindemäher und Drechsmaschine, sind miteinander gelenkig gekuppelt, so daß bei Bedarf jedes Teil auch für sich verwendet werden kann. Diese Möglichkeit nimmt besonders auf die deutschen Ernteverhältnisse Rücksicht, die einen Mähdreher nicht immer zulassen. In solchen Fällen kann der Bindemäher für sich allein die Arbeit des Mähens und Bindens von Getreidegarben verrichten, während die Drechsmaschine zum Hockendruck oder Standdruck verwendet werden kann. Die Maschine wurde bei den ersten Versuchen

und praktischer Weise zur Entlüftung ausnuht. Der Apparat besteht aus einer liegenden Welle mit zwei aufrechten S-förmig gebogenen Schaufeln, welche vom Winde, mag er kommen, woher er will, getroffen und in drehende Bewegung gesetzt werden. Mit der Welle stark verbunden ist ein Schaufelstern, welches die verbrauchte Luft aus dem unteren Rohr abblaut und ins Freie schleudert. Der Apparat ist sehr einfach und solide konstruiert; der rotierende Teil läuft auf Kugellagern, so daß der Apparat schon bei geringstem Zutritt in Bewegung gesetzt wird. Als besonders vorteilhaft erweist sich dieser Rotorlüfter zur Anbringung auf Viehställen, Ferkelställen, Abortanlagen, Scheunen, Fruchtlagern, Dreschanlagen, ferner auch in Molkereibetrieben und industriellen Anlagen aller Art. Aber auch als Schutzstein-auffang zur Verbesserung des Zuges in Wohnhäusern (sowie für Aufenthalts- und Speiseräume, Schulen, überhaupt Räume aller Art, die einer reichlichen Lüftung bedürfen, hat er sich bestens bewährt. Die Anbringung ist sehr einfach, nur muß der Apparat frei im Winde stehen. Der Rotorlüfter wird in der Regel aus verzinktem Stahlblech hergestellt.

Einen großen Raum nimmt auch diesmal auf der Grünen Woche das Sieblungswesen ein. Im Rahmen der Holzschau sind Holzschläger aufgestellt, deren eines als „Haus eines Vollermerholzes“ bezeichnet wird, der auf einer Fläche von 30 bis 40 Morgen angelegt ist. Das Haus, von einer Eberswalder Firma erbaut, ist äußerst geräumig, schließlich auch praktisch, aber eben aus Holz und dürfte in der Praxis alle Mängel dieses Baustoffes zeigen. Außerdem erscheint die Kostenfrage noch nicht in dem Maße geklärt, daß man mit gutem Gewissen sich für eine derartige Konstruktion einlegen könnte.

Motorschiffbau im Jahre 1931

Im abgelaufenen Jahre sind an Motorschiffen mit wenigstens 1000 Tonnen Verdrängung insgesamt 176 mit 1 184 500 Tonnen Gesamtverdrängung und 845 000 PS indizierter Gesamtleistung abgeliefert worden. Von der Gesamtzahl entfallen u. a. 52 auf England, 18 auf Holland und Dänemark, je 16 auf Schweden und Rußland, 15 auf Japan, 13 auf Italien und 12 auf Deutschland. Den Rekord an Leistungsfähigkeit, gemessen an dem Verhältnis zwischen indizierter Motorleistung in PS und Verdrängung in Tonnen, hält das 5600-Tonnen-Motorschiff „Venus“, das zwischen Bergen und Newcastle fährt und bei dem diese Zahl 2,3 beträgt. Die Ausfahrten des Motorschiffbaus im laufenden Jahre sind ungünstig, da nur wenig neue Aufträge eingegangen sind.

Bei dieser Gelegenheit wird daran erinnert, daß eines der ältesten Motorschiffe, das 4950-Tonnen-Schiff „Selandia“ mit zwei Zylindermotoren, Bauart Burmeister & Wain, von je 2500 PS auf eine 20jährige Verwendung zurückzuführen kann. Es hat im Laufe dieser Zeit rund 1 Million Seemeilen gefahren und ist nicht ein einziges Mal ausgelegt worden, obgleich einige Verbesserungen der Maschinen notwendig waren. Die Reederei schätzt die Lebensdauer der Zylinderlaufbahnen auf zwölf Jahre, den Verbrauch an Zylinderölen auf zwei bis drei in jedem Jahre. Der Brennstoffverbrauch des Schiffes hat sich in den letzten Jahren von 152 auf 140 g/PS h ermäßigt.

Provinziallandtag im April

Beims Nachfolger - Provinzialbeihilfe für Emmendorfer Elterntätler

Zu Beginn der Sitzung des Provinzialausschusses, die am 3. Februar in Merseburg stattfand, begabte der Vorsitzende in ehrenwerten Worten des verstorbenen Mitgliedes Oberbürgermeister a. D. Hermann Beims (Magdeburg), der seit dem Jahre 1920 dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen angehört und als dessen Präsident während 10 Sitzungen vorbildlich gewirkt hat. Mitglied des Provinzialausschusses war Beims seit 1920 und hatte in den Jahren 1920 bis 1925 dessen Vorsitz inne. Auch vertrat er den Provinz Sachsen im Preussischen Staatsrat von 1926 bis 1929.

Als Mitglied des Provinzialausschusses tritt an seine Stelle der Angeordnete des Bld. Sach aus Magdeburg, der bisher Stellvertreter war. Zum stellvertretenden Mitglied für Sach wurde der Geschäftsführer Plumböhm (Magdeburg) bestimmt. Den Platz des Verstorbenen im Provinziallandtag wird der Parteisekretär Otto Winger aus Magdeburg einnehmen.

Als Termin für den Provinziallandtag wird der Staatsregierung der 19. April vorgeschlagen.

Bereits im November hat der Provinzialausschuss den Antrag von 23 000 Wk. zur Wiederherstellung der Elsterflutbrücke bei Emmendorf beigesteuert, deren Bauausführung ein schweres Verkehrshindernis im Zuge der viel befahrenen Straße 6 alle - Weichenfels bildet. Nachdem nunmehr auch der Staat eine Beihilfe von 25 000 Wk. in Aussicht gestellt hat, ist damit zu rechnen, daß mit Beginn der wärmeren Jahreszeit die Reparaturarbeiten durchgeführt werden können.

Ein in der Gemarkung Roisch (Kreis Bitterfeld), einer besonders malarben Gegend, gelegener fünf Morgen großer Rittergutspark mit besonders schönen und alten Baumbeständen wurde auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und zur Erhaltung von Uferwegen vom 29. Juli 1922 unter Schutz gestellt.

Um eine weitere Belastung der Landwirtschaft mit Beiträgen usw. zu vermeiden, hat es der Provinzialausschuss in Übereinstimmung mit dem Gutachten der Landwirtschaftskammer abgelehnt, aus Mitteln des Viehweidenerschädigungs-fonds Kosten als Entschädigung für abgelieferte Tier-labener und zur Unterstützung von Abdeckeren zu übernehmen.

Für den Fall außergewöhnlicher Unwetter Schäden sind folgende Besatzstellenmissionen neu bestellt worden: für den Regierungsbezirk Magdeburg: Generalkonsul-beamter Bach (Magdeburg), Ratrat a. D. von Engelbrecht (Helmstedt); für den Regierungsbezirk Erfurt: Landwirt Degenhardt (Bernterode), Landwirt Römer (Hildesheim).

Als Wahlzeit für die Wahlen der Geborenen zur Provinzialhebammenstelle wurde die Zeit vom 11. bis 30. April d. J. festgesetzt. Als Anstandsarzt bei der Landes-heilanstalt Altsherrbis wurde Dr. med. Günthers ange-stellt. Der Provinzialausschuss wird am 8. und 9. März zu den Vorarbeiten für die Haushaltspläne wieder zusamen-treten.

benen Agricola den Faschismus bekämpft. Mit diesen Verleumdungen wollte sich A. von dem Vorwurf „Palter“, der ihm gleich zu Beginn der Verammlung von einem parteilosen Arbeiter gemacht wurde, reinwaschen. Der SPD. gegenüber machte der Redner natürlich nach jeder Richtung hin Konzeptionen. Aufstand ist das einzige Land, wo der Sozialismus vertrieben ist. Agricola ist sogar Zeitschreiber in einem kleinen Kreispräsidenten wählen.

Zum Schluß des Redners waren 30 Mann Zugausgabe auf-geboten, darunter die einzigen Kräfte Krausmann, C. Müller, Schleich usw. Die dürfen zu 90 Prozent die Mitgliedschaft des pro-letarischen herorgehobenen „Unterstützer Halle-Saalfeld“ verwerfen. Diese Leute haben nichts gelernt, aber alles vergessen!

Wie war es den 1918? Damals konnte man die Uneinigkeit der sozialistischen Parteien der Entscheidungskampf des Proletariats nicht durchzuführen werden, daher mußten den bürgerlichen Parteien Konzeptionen gemacht werden. Anstatt darauf zu lernen und die Uneinigkeit jetzt herbeizuführen, wird der Bruderkampf fortgeführt. Jetzt die SPD. der Einigung des Proletariats zu dienen, indem sie alle Gegenstände herbeibringt, um damit neue Feindschaft zu stiften. Mit diesem „Anstehenkampf“ erweist sich die SPD. als ein Feind der Arbeiterklasse, der sie im Entscheidungskampf mit dem Faschismus in den Rücken fällt.

Niesleben. Zwei Einbrüche in einer Nacht. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch bemerzte der Wächter der Wache und Schließgesellschaft von der Straße aus in den Räumen des Gastwirts Weidardt das Licht einer Leuchtlanterne. Da ihm die Sache verdächtig vorkam, benachrichtigte er die Landjäger. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß Einbrecher von der Rückseite einbezogen waren und Spirituosen und einige Schüsseln des Wirts gestohlen hatten. Von denselben Gangstern wurde in derselben Nacht, nach-scheinlich fünf vorher, das dem Arbeiterlosen Richard Weidardt und seiner Mutter gehörige Geschloßte gestohlen. Die Diebe mußten mit den Derlichkeiten gut vertraut sein.

Emmendorf. Einbruch. In der Nacht vom 3. zum 4. Februar wurde bei einem Bademeister in der Eichen-Strasse eingebrochen. Die Täter haben 11 Hüßner gestohlen.

Dammendorf. Unglücksfall. Zu dem kirchlich gehaltenen schnellen Lebe der Verstorbenen ist nunmehr festgestellt worden, daß sie wahrscheinlich durch einen unglücklichen Zufall ums Leben gekommen ist. Das junge Mädchen, das dem geöffneten Gashahn zum Opfer gefallen ist, hat vorher noch zwei Briefe geschrieben, deren Inhalt nicht auf selbstmörderische Absicht hindeutet.

Kreis Dessau

Ellenburg

Überwachung der Unterhaltungsrichtige. Der für Ellenburg zuständige Bezirksfürsorgeverband hat sich mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Anforderungen

Merseburg

(Gesellschaftliche: Telefon Nr. 2228.)

Wahlberechtigt. „Herrg. Christian“. Reueinrichtungen im Januar 1933. Regier. G. „Alte und der Wände“ (S. 126) Grimm, G. „Kalt ohne Raum“ (S. 128) Schier, W. „Der Hauptmann von Köpenick“ (S. 146) Heiser, G. „Zwischen grünen Hügel und Zäunen“ (S. 149) „Der Ehrliche Erzieher“ S. Band (S. 26) Fuchs, W. „Der Geschäftsführer“ (S. 100) „Sonder-Beilage“ „Menschenschicksal“ (S. 288) „Winkel“, D. „Geschichte des Metallens der Eisenhämmer“ (S. 27) „Merseburger Kreisbote“ (S. 61) „Danzberg“, 10 Wochen bei demselben „Bühnen“ (S. 81) „Sach“, W. „Brennendes Zerkleinern“ I und II „Eigentümer“ (S. 15 und 16) „de Post“, W. „Wie unter Waldstein arbeiten“ (S. 10) „Sach“, „Brennendes Zerkleinern“ „Bögel“ (S. 17) „Sach“, „Brennendes Zerkleinern“ „Bögel“, „Kreuzblätter“ (S. 16) „Ziel“, G. „Wörterbuch und „Zentral“ (S. 100) „Weller, H. „Reisebeschreibungen“ (S. 112).

Kommunistische Konsumpläne

Röglitz. Zu unserem Bericht über den Konsumverein Röglitz ist noch mitzuteilen, daß nach genauer Information durch ein kommunistisches Oppositionsmitglied von der Verwaltung der eigentliche Zweck der kommunistischen Aktion war, die Verteilungsstelle 4 (Oberbau) von Röglitz loszusagen und unter kommunistische Leitung zu nehmen. Verteilungsstelle 3 (Gesellschaft) stillzulegen und somit den Geschäftsführer stillzustellen, da nachher nur noch Röglitz und Verteilungsstelle Röglitz in Frage gekommen wären. Dafür brauchte man angeblich keinen Geschäftsführer mehr. Die Geschäftsführer der kommunistischen Lagerhalter mit regeln. Ihr Ziel werden die Herrschaften ebenfalls nicht erreichen, denn wir bis jetzt noch nicht genug hat, was gepfeift wurde, denn wurden am Sonntag in der Verammlung die Augen geöffnet. Also Mitglieder, aufgepaßt! Röglitz soll und darf kein zweites Halle werden.

Besucht

die öffentl. Versammlungen!
Kühneres im Inzeratentell!

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 4. Donnerstag, den 4. Februar 1933

Rechttag VI
zur Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus vom 19. Februar 1924 - IV. 3743/23 - gemäß Gemeindebeschl. vom 19. u. 25. Februar 1924 - IV. 3743/23 -.

Punkt 1.
Die Gebührenordnung „Verpflegungssätze“ wird aufgehoben; er erhält folgende Fassung:
Die Verpflegungssätze betragen je Verpflegungstag:
a) für Einwohner der Stadt Merseburg
I für Erwachsene III II I
1. für Erwachsene 5,- RM, 7,50 RM, 10,- RM
2. für Kinder unter 14 Jahren 75 Prozent der Sätze,
3. für von der Mutter genannte Kinder 25 Prozent der Sätze;
b) für Auswärtige, wenn sie in das Krankenhaus aufgenommen werden können: die Sätze für Einheimische und einen Aufschlag von 20 p. S.
Von Krankentafelmitgliedern werden erhoben:
1. von denen, die in Merseburg wohnen, der Satz für Einheimische,
2. von denen, die auswärts wohnen, der Satz für Auswärtige.
Für Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Merseburg, der Krankentafel der Baugemeinschaft Merseburg, der Krankentafel der Baugewerkschaft Merseburg und der Landkrankentafel Merseburg wird durchweg der Satz für Einheimische berechnet.
Aufnahme- und Entlassungstag werden in allen drei Klassen als ein Tag berechnet. Punkt 2.
Dieser Rechttag tritt ab 1. Februar 1932 in Kraft.
Merseburg, den 2. Februar 1932.
Der Magistrat.

— IV. C. J. 81. — Dr. M o j e b a c h, B i r t h.

Saalkreis

Wie die SAP. den „Faschismus“ bekämpft

Niesleben. Vor einigen Tagen hatte die sogenannte SAP. zu einer öffentlichen Verammlung nach der „Sonne“ eingeladen, mit dem Thema „Arbeiterfront gegen Faschismus und Reaktion“. Referent war Dr. Agricola (Rei). Dieser Einladung waren etwa 80 Kommunisten und einige Sozialdemokraten gefolgt. Der jugendliche, daß ein Gelehrter über Filler und Hugenberg heranzitreden würde, hatte sich schmer getret. Dafür gestiet sich Agricola um so mehr im

Gerantenreihen der SPD.

Tolerierung, Panzerkreuzer, Eiserne Front, Silberpfehlung, Berg-holz, Schumburg, Müller, Rätling, Wels, Reformismus, Wengen, Zump und Lige, das waren jo die geliebten Wohlgefallen, mit

Kreis Querfurt

Wer kämpft gegen den Faschismus?

Ein einfacher Arbeiter bietet uns ein Aufnahmefolgendes beachtenswertes Ausföhrungen:
„In der gegenwärtigen politischen Lage der Arbeitnehmer - gleich ob noch im Arbeitsverhältnis lebend oder schon erwerbslos - muß man nicht erst die Frage überlegen: Soll ich auch der Eisernen Front beitreten?
Jeder Hand- und Kopfarbeiter gehört in ihre Reihen!
Wir wollen hier nicht die Frage aufwerfen, ob alle unsere Führer immer den richtigen Weg in der Politik der letzten Jahre gegangen sind. Würden wir es tun, so würde auch ein Teil Schuld bei der breiten Masse des Pro-

letariats hängen bleiben. Den Aufbruch, die Eiserne Front zu schmücken, können wir als Arbeiter nur begrüßen.

Nun wird in letzter Zeit wieder von einer anderen Seite der Arbeiterfront ein Alibi-Mittel angepriesen. Es nennt sich Kampf und gegen den Faschismus. Was heißt das, Kampf und gegen den Faschismus? Kampf gegen alle unsere sozialistischen und republikanischen Führer! Kampf gegen alles, was sozialistisch oder republikanisch ist! Kampf den sozialen Einrichtungen des Staates!

Wo bleibt da der Kampf gegen den Faschismus? Hier muß sich jeder Arbeiter doch die Frage vorlegen, ob das der richtige Weg ist, den wir als Arbeiter gehen können. Aber wollen wir uns durch den „Kampf und“ dem wahren Faschismus ausliefern lassen? Daß der Sinn ist, beweis ich doch in letzter Zeit die Einstellung der „Kampf und“-Führer und -Funktionäre gegen den Faschismus.

Betrachte doch einmal jeder ganz eingehend seine örtlichen Verhältnisse. Da sehen wir jedesmal, daß der „Kampf und“ wirklich keine andere Richtung einschlägt, als wie sein Name besagen läßt. Warum? Darüber hat wohl bis jetzt nur ein kleiner Teil der ihm anhängenden Arbeiter nachgedacht.

Der Kampf und darf keine anderen Wege gehen. So will es die SPD. Nur auf der Grundlage des Bruder-treffes gegen die sozialistischen Organisationen hat er seine Daseinsberechtigung. Daher hilft er überall Faschisten in den Sattel. Was will der Kampf und damit bezwecken? Da-ber, daß überall Faschisten aus Ruder kommen, hoffen diese Leute, die Stimmung zu ihrem Gunsten zu wenden. Die Arbeiterfront soll durch diese Taktik zur Einbeziehung gebracht werden, um sie dann schneller auf die Straße bringen zu können, damit dort die Arbeiterfront für den „Kampf und“ und seine Hintermänner, die SPD., die Reaktion aus dem Feuer holt. Daß das

eine ganz verkehrte Anschauung ist, bedarf wohl keines Beweises. Darum Kampf den Faschismus und Kampf gegen den „Kampf und“ gegen den Faschismus. Das muß unsere Parole sein. Alle, die an der Auswärtsentwicklung des jetzigen demokratischen Staates zum sozialistischen Staat mitarbeiten wollen, gehören in die Eisernen Front!

Wilsdorf. Im Januar wurden vom hiesigen Standes-amt beurkundet 6 Sterbefälle (einschließlich 1 Totgeburt), 15 Geburten und 8 Ehe-schließungen.
St. Wilsdorf-St. Ulrich. Beim Standesamt wurden im Monat Januar 5 Geburten, 2 Sterbefälle und 2 Ehe-schließungen beurkundet.

Zentralheizungen insbesondere Etagenheizungen preiswert und zuverlässig
Halesche Röhrenwerke A. G., Halle (Saale), Fernsprecher 26930



Der Schwindel der Kommunisten

Sowjetdeutschland?

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird in Kürze eine Streiflichter: „Sowjetdeutschland?“ der Öffentlichkeit übergeben, die den leeren Deklamationen der Kommunisten das Tatsächliche entgegenhält. Der nachfolgende Beitrag ist dem Kapitel dieser Schrift: „Führt Sowjetdeutschland zum Sozialismus?“ entnommen.

Nach der Feststellung, daß eine Staatsfabrik noch lange kein sozialistischer Betrieb ist, wenn auch die Staatsmacht sich sozialistisch nennt, und der Folgerung daraus, daß die von den Bolschewiken dem russischen Volk aufgedrungenen Staatswirtschaftswirtschaft in eine Zeit Staatsfabriker mündet, heißt es weiter:

Aber vielleicht ist in Deutschland die Sowjetwirtschaft mehr am Platz? Vielleicht haben die Kommunisten recht, wenn sie die Stalinische Generallinie für die deutsche Wirtschaft anwenden wollen?

Zur ersten Bild hat das etwas Bestehendes. Was Utopie im Agrarbau ist, kann im hochindustrialisierten Deutschland auszuführen und versucht werden. Zum Unterschied von Rußland hat Deutschland nicht nötig, erst die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für die Sozialisierung — die Fabriken und Kraftwerke, die Eisenbahnen und Handelsstraßen — zu schaffen. Die Industrialisierung ist schon da. In Deutschland fehlt es nicht an qualifizierten Arbeitern, an Ingenieuren und Techniken, an Volkswirtschaftlern. Deutschland ist kein Land der Knechtelknechtel. In Deutschland bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dazu ist es politisch geschult und organisiert.

Das alles stimmt. Aber das sind eben alles objektive Voraussetzungen für die sozialistische Umwandlung Deutschlands im Rahmen und mit Mitteln der Demokratie. Das ist eben das Ziel und der Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Gerade weil Deutschland wirtschaftlich, sozial und kulturell ein hochentwickeltes Land ist, ist der Weg der Oktoberrevolution auch für die deutsche Wirtschaftspolitik unangängig. In Rußland ist sozialistischer Sozialismus eine fatale Utopie. In Deutschland ist die Sozialisierung durch eine bürokratische Minderheit ein maßstabloses Abenteuer, das sich nur zu bald mit dem Wirtschaftszerscheren rächen würde.

Die Herstellung und Befestigung einer Diktatur ist in Deutschland (wie es allerdings auch in Rußland der Fall war) nur auf dem Wege des blutigen Bürgerkrieges möglich. Bürgerkrieg bedeutet aber Wirtschaftszerscher, Inflation, Kriegesgefahr. Wird „Sowjetdeutschland“ proklamiert, so werden die Auslandsdebite automatisch aufgehoben. Deutschland ist auf Export angewiesen. Es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß „Sowjetdeutschland“ mit einer Wirtschaftskatastrophe begegnet würde. Dasste gilt für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, auf welche Deutschland als Industrieland und gleichzeitig angewiesen ist. „Sowjetdeutschland“ bedeutet Diktatur der Arbeiterheit. Sie wird nicht die Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer, sondern auch die Bauernschaft, den Mittelstand, die Intellektuellen, das Beamten-tum getroffen gegen sich haben, sowie einen beträchtlichen Teil, ja die Mehrheit der Arbeiterklasse. Es wird dann notwendig zur Waffe des grausamsten Terrors greifen müssen. Und die deutschen Kommunisten sind im voraus dazu bereit! Sie prebigen begeistert den Terror à la Subjanta. Sie träumen von „an die Wand stellen“.

Man wird nie in Rußland mit den Wölgen und Industriellen anfangen und mit den sozialistischen Arbeitern und Kleinbauern enden. Die Wirtschaft wird geteilt und unformiert, die

geistige Freiheit wird gekillt werden und mit ihr die freie Initiative, der Mut der Verantwortlichkeit, die Arbeitsfreude. Das politische Leben, die Presse, die freien Organisationen — und nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Ausgebildeten — werden wie in Rußland unterdrückt, verformt, aus der Welt geschafft. Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Kulturverbände — alles wird verstaatlicht, bolschewisiert, militarisiert, enteilt.

„Sowjetdeutschland“ wird sich als Bundesglied der Sowjetunion anschließen und anpassen müssen, und sein anderer als Stalin in eigener Person wird die höchste Instanz, der Oberdiktator Deutschlands sein. Wer andere als Stalin und sein Großräuber Thälmann zu denken, zu sprechen, zu handeln versuchen wird, der wird dies in den Reichen der deutschen Wirtschaft durchzuführen bereuen müssen. Die komplizierte deutsche Wirtschaft wird automatisch zum Objekt der Stalinischen oder Thälmannschen Verjudungspolitik werden. Auch in Deutschland wird der angebliche bolschewistische Sozialismus „erzungen“ werden müssen, vielmehr zum Hunger führen, statt mehr Freiheit, Glück und Arbeitsfreude mit sich zu bringen.

Über einen mehr oder weniger langen Umweg wird jedoch Deutschland nach dem bolschewistischen Experiment zur kapitalistischen Restauration, und zwar in sozialistischer Form, zurückgeführt. Die Idee des Sozialismus wird inswischen durch die Arbeiterteilnahme verworfen und desorientiert, die Demokratie zerstört sein.

Die Spuren von Ungarn und Stalin (schreden! Durch das Tor des Bolschewismus kann nur der Faschismus eindringen. Kein, die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands, die mehr Erziehung haben als ihre armen russischen Kollegen, werden „den Weg der Oktoberrevolution nicht betreten.“ Ihr Ausweg aus der kapitalistischen Sphäre führt durch die Demokratie zum demokratischen Sozialismus!

Unser Vormarsch geht weiter Laufende von Versammlungen im ganzen Reich

Wie eine mächtig wogende Welle hat sich in den letzten Wochen die Parole von der Eisernen Front über das politische Leben in Deutschland erhoben. Die Massen der sozialistischen Arbeiterklasse haben sich auf den Ruf ihrer Führer in Scharen erhoben, einen entflohen, den Terror der Hitlerbanden zu brechen. Aus allen Ecken und Organisations sind sie zusammengekömmt und stehen nun Schulter an Schulter — eine Eisernen Front.

In Tausenden von Versammlungen werden in diesen Tagen die Forderungen des republikanischen Volkes erhoben. Bis auf das letzte Dorf in Ostpreußen — in die Eisenbezirke in Schlesien — in die Häuser der friedlosen und hungernden Kumpels im Industriegebiet rufen die Redner die Hunderttausende, die in die Versammlungen kommen, auf. Und überall das gleiche Bild, überall dieselbe Wirkung:

Zu den Männern, die schon in Reich und Glied standen, kommen unzählige hinzu!

Sie erkennen, um was heute der Dampf geht, und sie wollen nicht Mittläufer sein, sondern aktive Kämpfer. Es ist unmöglich, diese Volksbewegung in nächsten Tagen zu beschreiben. Nur einige wenige Beispiele seien vorgetragen:

In Preußen, das Zentrumsbund von ehemals, meißt aus der letzten Januarschiffte mehr als 150 öffentliche Versammlungen mit über 60.000 Teilnehmern. Die Stimmung war überall ausgeglichen.

Niederschlesien hat in der gleichen Zeit 100 Versammlungen zu verzeichnen. Die Teilnehmerschaft hat 33.340 erreicht. Hier haben die Nazis mehrfach schmerzlich erfahren müssen, daß sie nicht die Herren im Hause sind. Durch das entscheidende Auftreten unserer Parteiführer wurde überall der ruhige Verlauf der Versammlungen garantiert, und so wurden

große Scharen der Bevölkerung,

die das Roudstump der SA. dem politischen Leben entfremdet hatte, wieder aktiviert.

In Mitteldeutschland konnten in den ersten drei Januarwochen 388 Versammlungen und Handgebungen abgehalten werden. 26.840 Besucher wurden gezählt.

In Pommern fanden allein in der letzten Woche 58 öffentliche Versammlungen statt, an denen rund 4500 Männer und Frauen teilnahmen.

Im Süden des Reiches schloß die Front der Arbeiterklasse sich ebenfalls. So fanden 3. B. im Bezirk Franken schon in der ersten Woche des Jahres 141 Versammlungen mit rund 14.830 Besuchern statt. In diesem „Stammland“ der Hitlerist ist die Bevölkerung bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums

empört über die verlogene Katastrophopolitik der Nazis

und fordert kläglich, dieser Sorte von „Politikern“ das Handwerk zu legen.

Im Niederrhein und am Oberrhein wurden in allen größeren Städten unter dem Banner der Eisernen Front Versammlungen abgehalten, die fast alle überfüllt waren. So wurden in Muppelart an einem Tage drei Säle mit 7000 Personen gefüllt. Sehr stark war auch die Teilnahme in Düsseldorf, Duisburg, Mülheim, Langenberg, Aachen, Köln, Brühl und in anderen Orten. In den genannten Städten zählte man allein 22.000 Männer und Frauen.

Heßen-Regiaun mittel 97 Versammlungen in der letzten Monatschiffte. Für die gleiche Zeit berichtet Hannover über 83 Versammlungen mit 7500 Besuchern, Bezirk Magdeburg 134 mit 7200 Besuchern, Schleswig-Holstein 150 Versammlungen, viele davon politisch wegen Bevölkerung geschloßen.

Jeder Tag bringt neue Berichte aus dem ganzen Reich

aus allen geht hervor: die Eisernen Front ist geschloßen. Schon meßen sich die Verbände der Hitleroffiziere an ihre Kandidatur, die Versammlungen der Eisernen Front zu besuchen. Die Nazischiffte sollen nicht erschauern, wie lebendig es im Lager der „Marxisten“ ist. Die Kommunisten schimpfen und poltern. Die Felle ihrer „Einheitsfront“ werden vom reichenden Strom der Massenbewegung der Eisernen Front hinweggeschwemmt.

Kein Terror und keine Verleumdung hilft den Hitlerkannern und

Thälmannern — die Eisernen Front ist formiert, überall sehen sich ihre Reihen in Marsch. Das Ergrünende wird sich vertheidigt und es wird am Ausbruch der Stellung so emsig gearbeitet, daß sie allem Stillen freigeig zu trotzen vermag. In alle, die noch ableits stehen, ergeht der Ruf:

**Steh auch Du Deinen Mann!
Hinein in die Eisernen Front!**

Der meineidige Rechtsanwal

Er fordert seine Haftentlassung

Der Berliner Rechtsanwal und Notar Dr. Franz Lange, der am Dienstag aus Ersuchen der Dresdener Staatsanwaltschaft wegen Verdrachts des Zeugenmeids im Urteffe-Bo-ode verhaftet wurde, ist auf sein Verlangen nach Dresden gebracht worden. Lange hat gegen seine Verhaftung bereits Beschwerde eingelegt und einen Haftprüfungsantrag beantragt, der aber wenig Aussicht auf Erfolg haben dürfte.

Heßen-Minister Raab gestorben

In der Nacht zum Mittwoch ist in Hungenstadt bei Darmstadt der frühere sozialdemokratische Heßische Minister für Arbeit und Wirtschaft im Kabinett Ulrich, Raab, im Alter von 62 Jahren gestorben.

Unmöglichkeiten der Bürgersteuer

Neue Verhandlungen der Arbeitervertreter mit Dietrich

Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand am Dienstag eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Herz (Soz.), Erling (Z.) und Geig (Z.), den Vertretern des ADGB, des APF-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine längere Besprechung statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungewöhnlichen unzulässigen Folgen der Bürgersteuer und der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Richtgröße der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen muß und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widerwärtigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgeberern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Richtgröße der Wohlfahrtsprämie weit überschreitet.

Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei den Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Richtgröße verdienen oder weniger, als die Freibeiträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerordnung die Vorschrift, daß Lohnsteuerfreie Arbeiternehmer nur den halben Bürgersteuerbetrag zu zahlen haben. Aber inabehnd für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

Die Forderungen der Sozialdemokratie,

des Zentrums und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen daher in zwei Richtungen: 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Richtgröße der Wohlfahrtsprämie betragen. 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrundegelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Bereinigung der Einkommen unter den Wohlfahrtsprämien eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen. 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabreichung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Partei- und Gewerkschaftsvertretern grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde aber anerkannt, daß aus technischen und finanziellen

Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdrachtsausfall nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf sieht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitztümern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Anwendung dieses Paragrafen allgemein für Besitzende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn aber bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Befreiung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die

Wiedererfassung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen

einen großen Verbrauch voraussetzt und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es daher im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, logie aber eine normale abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unabhängigen Arbeiter angelehrt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obwohl ihre Löhne die Freibeiträge der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafenarbeitern soll auch für die anderen unabhängigen Arbeiter verfußt werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zeitpunkt die Ueberzahlung von Lohnsteuer vollständig ausgleicht.

Die Sozialdemokratie hat sich Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers wegen der Lohnsteuererstattungen vorbehalten. Sie wird den Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen mit aller Energie fortsetzen. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

Im Verfolg der Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Milderung der Bürgersteuer bereits in der nächsten Woche mit der erforderlichen Genehmigung des Reichsfinanzministers beschloßen wird. Damit dürfte es möglich sein, die neuen Bestimmungen bereits bei dem nächsten Abzugstermin der Bürgersteuer zur Anwendung zu bringen. Die nächste Bürgersteuererstattung wird bei Lohn- und Gehaltsempfängern in den Lohnzahlungen einbehalten, die auf den 10. Februar folgen.

Die SPD. in Hannover ist pleite

Hannover, 3. Februar. (Eigenbericht)

Die SPD. in Hannover ist pleite. Sie hat ihr Parteihaus schließen und den Bankrott erklären müssen. Gegen die Verantwortlichen ist Haftbefehl zur Befreiung des Offenbarungsbüch angeordnet worden. Dasste ist der Fall bei dem Gaußbürger der Stiller-Zugend.

